

II- 797 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des NationalratesXIII. GesetzgebungsperiodePräs.: 10. Mai 1972No. 437/J

A n f r a g e

der Abgeordneten DVw. Josseck und Genossen an den
Herrn Bundesminister für Inneres,
betreffend Ausstellung neuer Reisepässe - Diskriminierung der
Volksdeutschen.

Allen österreichischen Staatsbürgern, die bereits im
Besitz eines österreichischen Reisepasses waren, ist ein neuer
Reisepaß gegen Vorlage des alten Reisepasses und eines Melde-
nachweises auszufolgen.

Ungeachtet dieser verbindlichen Regelung berichtete
die Tageszeitung "Oberösterreichische Nachrichten" im vergangenen
Monat über eine abweichende Vorgangsweise der Bezirkshauptmannschaft
Linz-Land: "Dort wird von ehemaligen Volksdeutschen - im Gegensatz
zur Mitteilung des Innenministeriums - bei der Ausstellung eines
neuen Reisepasses außer der Vorlage des alten Reisepasses ein
zusätzlicher Nachweis für die Identität bzw. die Vorlage einer
Geburtsurkunde gefordert."

Da es sich hier zweifellos um eine durch nichts ge-
rechtfertigte Diskriminierung österreichischer Staatsbürger volks-
deutscher Herkunft handelt, richten die unterzeichneten Abge-
ordneten an den Herrn Bundesminister für Inneres die

A n f r a g e:

Wurde nach Bekanntwerden des oben geschilderten Sachverhaltes
sogleich sichergestellt, daß die Regelung, nach welcher für die
Ausstellung eines neuen Reisepasses die Vorlage des alten Dokumen-
tes sowie eines Meldenachweises ausreicht, ausnahmslos im ganzen
Bundesgebiet eingehalten wird?